

Antrag

des Abgeordneten Peter Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Transparente Auftragsvergaben sicherstellen: Verstöße strenger ahnden

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Runderlass Nr. 1/2011 vom 17.03.2011 (Kommunalaufsicht im kommunalen Auftragswesen) bis Januar 2018 dahingehend zu ändern, dass Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen betreffend das kommunale Auftragswesen regelmäßig ein öffentliches Interesse im Sinne von § 109 BbgKVerf begründen.

Begründung:

Der öffentlichen Auftragsvergabe kommt insbesondere im kommunalen Bereich eine besondere Aufmerksamkeit zu. Oberste Priorität hat eine kostenschonende und wirtschaftliche Vergabe von Aufträgen zum Wohle der Gemeinde. Hieran hat sie schon aus haushälterischen Gründen ein Eigeninteresse. Zugleich aber gebieten marktwirtschaftliche Grundsätze ein faires und diskriminierungsfreies Verfahren. Deswegen sind in zahlreichen gesetzlichen Bestimmungen hierzu dezidierte Abstufungen und Abläufe festgelegt. Regelmäßig ist das Auftragsvergabeverfahren von einer starken Formalität geprägt, um somit auch abstrakt jeden Zweifel an einer sachgemäßen Auswahl zu zerstreuen.

Zugleich ist immer wieder kommunales Interesse daran zu beobachten, Aufträge stärker lokal bzw. regional zu vergeben. Dabei bewegen sich die Gemeindevertreter zwischen dem Spannungsfeld der Unterstützung örtlicher Unternehmen einerseits und den mitunter strengen gesetzlichen Vorgaben andererseits. Es ist nicht Ziel dieses Antrages, diese Entwicklung zu verändern oder zu steuern.

Denn selbst wenn an den starren Verfahren keine leichte Änderung vorgenommen werden kann, so besteht doch zumindest Einigkeit, dass solange sich die Gemeindevertreter an mitunter nur schwer hinzunehmende Beschränkungen halten müssen, sie auch die Möglichkeit haben müssen, ihre Mitwirkungs- und Kontrollrechte geltend zu machen.

Die derzeitige Bestimmung in Punkt 4.1. des Runderlasses 1/2011 vom 17.03.2011 sieht nur in wenigen Fällen eines Verstoßes ein öffentliches Interesse als begründet an. So sei letzteres in der Regel nur bei strafbaren oder anderen schwerwiegenden, vorsätzlichen Verstößen anzunehmen. Dies führt mitunter dazu, dass die unteren Kommunalaufsichten selbst bei offenkundigen Verstößen regelmäßig keine Rechtmäßigkeitsprüfung durchführen. So bleiben etwa signifikante Überschreitungen der Freihandvergabeschwellenwerte und andere unzulässige Privilegierungen bestimmter Bewerber häufig ohne Konsequenz. Der derzeitige Verweis auf ein das öffentliche Interesse ausschließendes Bestehen von Rechtsschutzmöglichkeiten eines unterlegenen Bieters ist dabei eine sachwidrige Verknüpfung privatrechtlicher Aspekte mit öffentlich-rechtlichen Sanktionsmöglichkeiten bzw.

dem Ausschluss dieser.

Dabei lebt die Transparenz von Auftragsvergaben nicht nur davon, dass es vorab strenge Regeln gibt, sondern dass auch im Nachhinein vergleichbar strenge Instrumentarien zur Verfolgung von Verstößen zur Verfügung stehen. Nur so wird der Durchsetzung bestehender gesetzlicher Regeln Nachdruck verliehen und das der Gemeindevertretung kommunalverfassungsmäßig zustehende Kontrollrecht mit Leben gefüllt. Denn es ist nicht nur von zivilrechtlichem Interesse, fehlerhaften Auftragsvergaben nachzugehen, sondern die Grundsätze der Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Verwaltungshandeln sind auch von gesteigertem öffentlichem Belang.

Daher wird vorgeschlagen, dass Verstöße gegen zwingende auftragsvergaberechtliche Bestimmungen in Zukunft regelmäßig ein öffentliches Interesse begründen und somit das Tätigwerden der unteren und ggf. oberen Kommunalaufsicht ermöglichen sollen.

Dabei verkennt der Antragsteller nicht, dass nicht jeder Verstoß im Kommunalrecht ein öffentliches Interesse nach sich zieht. Jedoch soll für den sensiblen Bereich der kommunalen Auftragsvergabe eine Aufwertung des öffentlichen Interesses für jeden zeitlichen Bereich des Verfahrens erfolgen und somit ein neuer, bedeutenderer, soz. strengerer Stellenwert etabliert werden. Da sich auch hiernach noch Konstellationen ergeben können, in denen ein öffentliches Interesse wohl nicht begründet sein wird, soll der Landesregierung ein ausreichender Zeitrahmen zur Neudefinition gegeben werden.